

Sozialtag 2006

Harmonisierung oder Wettbewerb?

An ihrer wichtigsten Politveranstaltung thematisierte die KAB Schweiz die Steuerfrage. Von Theo Bühlmann



Die Steuererklärung: Quelle für Solidarität oder Ungerechtigkeit?

Bild: Thomas Wallimann

Für 70 TeilnehmerInnen begann das neue «KAB-Jahr» am 7. Januar mit dem Sozialtag im Pfarreizentrum Eichmatt in Goldau SZ. Tagungsleiterin Hedy Jäger hiess sie herzlich willkommen: Auch wenn wir dem Thema «Steuern» aus verschiedensten persönlichen Blickwinkeln begegnen, so stehe doch immer die Frage dahinter: Welchen Staat wollen wir? Welche Aufgaben soll er erfüllen und was soll das kosten?

Vom Berg zum See

Beide heissen gleich und befinden sich keine 30 Kilometer von einander entfernt. Doch ihr Umfeld und ihre Lebenssituation sind ziemlich verschieden. Eine liegt am Fusse eines Berges, die andere am Wasser. Die eine ist kleingewerblich-bäuerlich, die andere vorstädtisch-industriell geprägt. Gemeint ist keine der sechs Rickenbach in der Schweiz, aber auch die beiden Wangen nicht, sondern die Luzerner Gemeinde Hergiswil am Napf und die zum Kanton Nidwalden gehörige Gemeinde Her-

giswil am See. Das Leben und Arbeiten der 1816 Hergiswiler – die in der Nähe von Willisau und des 1406 Meter hohen Napf wohnen – brachten uns Jolanda Schütz von der Verwaltung und Markus Kunz vom Gemeinderat näher. Das 5347 Seelen beheimatende Hergiswil am (Vierwaldstätter)See – «vor» Horw und Luzern und am Fuss des Pilatus liegend – präsentierte Gemeindepräsident Ralf Sigg. Er machte uns darauf aufmerksam, dass bei ihm fast dreimal so viele Menschen auf der Hälfte der Fläche von Hergiswil am Napf leben. Die ReferentInnen erfüllten die Aufgabe, ihr Dorf vorzustellen, auf charmante und werbewirksame Art. Und sie verdeutlichten, wie schwierig es ist, Zahlen von zwei Gemeindewesen mit unterschiedlichster Ausgangslage zu vergleichen. Steuern sind nur eine von vielen Faktoren, welche die Lebensqualität an einem Ort beeinflussen. Hergiswil am Napf weist eine aktuelle Steuerbelastung von 645 Franken pro Einwohner auf; Hergiswil am See kommt auf 4500

Franken, wovon 1400 Franken in den kantonalen Finanzausgleich gehen. Während jeder Hergiswiler am Napf 7481 Franken «verschuldet» ist, ist sein «Kollege» am See von der Gemeinde her gesehen schuldenfrei. Das sind eindruckliche Unterschiede! Und wie zeigen sich die Gemeinde- und die Wohnkosten? Der Ausgabe pro Person am Napf von 6184 Franken stehen finanzausgleichsberreinigte 4800 Franken für jeden Hergiswiler am See gegenüber. Gemeinderat Markus Kunz errechnete 1510 Franken als normaler Mietpreis für eine 4½ Zimmer-Wohnung in Hergiswil am Napf; Gemeindepräsident Ralf Sigg sieht als Preisspektrum in seinem Dorf 1500 bis 2500 Franken.

Ungerechtigkeit

Als Gastreferentin eingeladen war SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen. Die Gemeindepräsidentin von Bolligen, einer mittelgrossen Berner Agglomerationsgemeinde, empfindet es als reine Willkür, dass BürgerInnen von Nachbargemein-

den, die zum Teil Haus an Haus wohnen, ungleich besteuert werden. Nachdem landesweit viele Bereiche

> Fortsetzung Seite 8



Margret Kiener Nellen bei ihrem Referat am KAB-Sozialtag. Sie ist SP-Nationalrätin, Rechtsanwältin und Gemeindepräsidentin von Bolligen BE.

Bild: Theo Bühlmann

> Fortsetzung von Seite 7

harmonisiert werden, von Zivil- und Strafprozessgesetzen über die AHV-Renten bis zur Mutterschaftsversicherung, sei die Steuerharmonisierung als Forderung der Gerechtigkeit nötiger denn je. Die Referentin rekapitulierte die bisherige Entwicklung: Bereits 1977 stimmte das Schweizer Volk einem Verfassungsartikel zu, der kantonalen Steuergesetzen Schranken setzen sollte. Aber erst seit 2001 vereinheitlichte das Steuerharmonisierungsgesetz (STHG) – nach einer achtjährigen Übergangsfrist – Besteuerungsgrundsätze der direkten Steuern von Kantonen und Gemeinden. Allerdings seien diese rein formell, betonte Kiener Nellen. Die Festlegung der *Steuertarife* und –freibeträge blieb in den Händen der

> Eine Verheiratete mit zwei Kindern und 100'000 Bruttoeinkommen zahlte in Zug 3440, im Jura 11'930 Franken Steuern. <

Kantone; die Steuerungleichheit innerhalb der Schweiz wachse. «Die Kantone führten während der letzten 20 Jahre einen Wettlauf um möglichst tiefe Steuerfüsse. Besonders ausgeprägt und stossend ist die Kluft bei der Steuerbelastung zwischen benachbarten Kantonen mit unterschiedlichen Infrastrukturlasten wie etwa Schwyz und Zürich, Zug und Zürich.» Margret Kiener Nellen nannte in ihrem Vortrag konkrete Beispiele für Ungleichheiten aus dieser Praxis: 2004 bezahlte eine verheiratete Person mit zwei Kindern bei einem Bruttoeinkommen von 100'000 Franken im Kanton Zug 3440 Franken Steuern, im Kanton Jura fast das 3,5-fache, nämlich 11'930 Franken. Bei den Rentnern ist es ebenso verrückt: Ein verheiratetes Rentnerpaar mit 100'000 Franken Renteneinkommen bezahlt in Zug 5400 Franken, im Jura 18'900 Franken. Dazu kommen noch die unterschiedlichen Steueranlagen der 2767 Schweizer Gemeinden.

Umverteilung nach oben...

«Firmen werden mit tiefen Steuersätzen geködert», sagte die Referentin. Bei vielen Neuzuzügen handle es sich um internationale Holdinggesell-

Progressive Steuern: Je mehr jemand verdient, desto höher wird der Prozentsatz, der vom Einkommen als Steuern zu bezahlen ist.

Einfachsteuern: Wer verdient, egal wie viel, zahlt einen für alle gleich hohen Prozentsatz seines Einkommens. Diese «Flat Tax» haben einige Länder in Osteuropa eingeführt.

Degressive Steuern: Je mehr eine Person verdient, desto weniger muss sie prozentual Steuern zahlen.

schaften, die nur wenige Arbeitsplätze schaffen und auch wenig Steuern bezahlen. Der Steuerwettbewerb treibe seltsame Blüten wie in der Luzerner Gemeinde Vitznau, die vor fünf Jahren eine «Kopfsprämie» für die Anwerbung betuchter Steuerzahler einführte. Der Kanton Obwalden plante zuerst eine Wohnzone für Reiche, bevor man kürzlich ab 300'000 Franken Einkommen die Degression einführte, um Reiche anzulocken. Der Kanton Schaffhausen kennt ein degressives Steuersystem bereits seit Anfang 2004.

Das heutige Steuersystem der Schweiz kritisierte Margret Kiener Nellen als «intransparent und den Grundsatz der Rechtsgleichheit verletzend. Die Ungleichheiten können in keiner Art und Weise gerechtfertigt werden und bedrohen sowohl den sozialen Zusammenhalt unseres Landes als auch die Steuermoral».

Einkommens- und Vermögensverteilung seien extrem ungleich, Tendenz steigend: Die reichsten zehn Prozent der SchweizerInnen besitzen sieben Prozent des gesamten Vermögens. Und das oberste Fünftel der EinkommensbezügerInnen beansprucht mehr als ein Drittel der gesamten Lohnsumme für sich. Dafür explodieren die Sozialhilfezahlen. Es werden rund eine Million Armutsbetroffene in der Schweiz geschätzt.

...statt nach unten!

Steuern dienen der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, dem sozialen Ausgleich und der sozialen Sicherheit und damit einer solidarischen Gesellschaft schlechthin. Sinken die Steuereinnahmen durch die Abwärtsspirale der Steuerfüsse, stehen auch weniger (soziale) Mittel zur Verfügung, erklärte die Nationalrätin: «Genau diesen perversen Effekt will

der Neoliberalismus.» Eigentlich sollten Steuern nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, wie in der Bundesverfassung festgehalten, erfolgen. Es beruht auf dem Solidaritätsgedanken und setzt bei der Einkommenssteuer eine Progression voraus. Dadurch müsste eine Umverteilung von höheren zu tieferen Einkommen stattfinden. Margret Kiener Nellen: «Die Wirklichkeit sieht leider anders aus: Bei Spitzenverdienenden gilt es als normal, einen Teil des Einkommens – legal

> Steuern müssten von oben nach unten *umverteilen*. Doch die Reichsten werden reicher und die Armen zahlreicher. <

oder widerrechtlich – am Fiskus vorbeizuschleusen. Den Reichen bieten sich unzählige Möglichkeiten. Jedenfalls zahlt ein Rekrut oder eine «Working poor»-Frau mehr Einkommenssteuer als ein Vermögensmillionär, der sein steuerbares Einkommen auf *null* Franken «optimiert.» Nach Schätzungen einer Studie wird in der Schweiz fast ein Viertel der Einkommenssummen nicht versteuert. Im Kanton Tessin sollen gar 80 Prozent der sieben Milliarden Franken, die auf Sparkonten liegen, den Steuern hinterzogen werden.

Volksinitiative angekündigt

Mit dem Steuerwettbewerb werde die Markttheorie auf Handlungsfelder übertragen, auf denen sie nicht anwendbar ist, erklärte Margret Kiener Nellen dem Sozialtagspublikum. Und er basiere auf falschen Annahmen wie derjenigen, dass eine höhere Fiskalquote das Wirtschaftswachstum behindert. Der statistische Vergleich zeige aber, dass auch Länder mit einer hohen Staatsquote ein grosses Wirtschaftswachstum haben können – beispielsweise die nordeuropäischen Länder – und andererseits solche mit einer tiefen Staatsquote ein geringes Wachstum aufweisen. Zudem sei der Staat kein Unternehmen und habe nicht nur ökonomische Funktionen. Die Gemeinden und Kantone hätten zu unterschiedliche Rahmenbedingungen, als dass sie überhaupt Konkurrenten sein könn-



Zuschauerinnen und Gesprächsteilnehmende am «Marktstand» mit Regierungsrat Peter Hegglin.

Bild: Thomas Wallimann



Steuergefälle, eine Chance?

Regierungsrat Peter Hegglin befürwortet Wettbewerb: er bringe bessere Ergebnisse. *Von Theo Bühlmann*

«Die Steuerhoheit ist das Oberste der kantonalen Eigenständigkeit», sagte der zweite Referent, der Zuger CVP-Regierungsrat Peter Hegglin. «Setzt man die Steuerbelastung überall gleich hoch an, wäre das ein Schritt in Richtung Zentralstaat. Von Bern aus würde gesagt, was in den einzelnen Regionen bezahlt werden muss und was angeboten wird. Ich bin überzeugt, dies entspricht nicht dem

Gedankengut der SchweizerInnen.» Innerhalb nur einer bestimmten Bandbreite hätte die Steuerharmonisierung zur Folge, dass gewisse Kantone Steuern erheben, die sie gar nicht brauchen. Es müsste geregelt werden, was mit dem vielen Geld passiert. Andere dürften weniger erheben, als sie effektiv brauchen, was zur Verschuldung führte. Peter Hegglin befürchtet, dass Gerechtigkeit

nicht *einfach* zu erreichen ist und nicht nur von der Steuerbelastung abhängt.

Entwicklung international...

Auch er zeigte die verschiedenen kantonalen Steuerbelastungen Ende 2004: Während Zug etwas mehr als die Hälfte des schweizerischen Schnitts aufwies, stand nach Uri der Kanton Obwalden an der Spitze der Belastung. Seine Bewohner zahlen durchschnittlich eineinhalb Mal soviel Steuern auf Einkommen und Vermögen wie im schweizerischen Schnitt und fast drei Mal soviel wie die Zuger. «Diese Unterschiede, die man seit Jahrzehnten zur Kenntnis nimmt, verändern sich jetzt, weil einzelne Kantone – wie etwa Obwalden – ihre Situation verbessern wollen», kommentierte Peter Hegglin die Zahlen. Er zeigte ebenfalls anhand von Grafiken, dass die Schweiz im internationalen Vergleich bei den Maximalsteuersätzen von Unternehmen etwas unterhalb der Mitte steht. Für Privatpersonen sind sie hierzulande durchwegs tiefer als bei umliegenden Europäischen Staaten. Der Zuger Finanzdirektor ist «restlos davon überzeugt, dass wir dies dem



Peter Hegglin, CVP-Regierungsrat und Finanzdirektor des Kantons Zug, am Sozialtag 2006.

Bild: Theo Bühlmann



Das Forum mit Nationalrätin Margret Kiener Nellen.

Bild: Theo Bühlmann

> Fortsetzung von Seite 8

ten. Und der Neue Finanzausgleich – der 2008 in Kraft treten soll – werde die Kantone kaum bewegen, unterschiedliche Steuerbelastungen anzugleichen. «Der Konkurrenzföderalismus gefährdet den nationalen Zusammenhalt und verursacht längerfristig Kosten. Steueroasen spenden nur den Reichsten und Mobilsten Schatten! Daher muss das Steuerwettrennen gestoppt werden, denn es macht den Staat kaputt, indem es die Reichsten reicher und die Armen zahlreicher macht.»

Die Referentin wies auf das «Wort der Kirchen», welches die Bundesbehörden aufforderte, «das Projekt ei-

ner Steuerharmonisierung anzugehen», weil der Steuerwettbewerb kein «ethisch akzeptables Resultat» zustande bringt.

«Gegenwärtig prüfen wir in der SP Schweiz fünf verschiedene Modelle zur materiellen Steuerharmonisierung», sagte Margret Kiener Nellen. «Ziel ist es, am Parteitag im September 2006 in Baar ZG eine entsprechende Volksinitiative zu lancieren.» Das Steuersystem sei so zu vereinfachen, dass es gerecht ist, keine Einnahmeausfälle bewirkt, eine Umverteilung nach unten gewährleistet, Steuerschlupflöcher konsequent stopft und Steuertourismus verhindert. <

> «Ohne Wettbewerb läge unsere Steuerbelastung auf dem höheren Niveau von Deutschland oder Frankreich.» <

Steuerwettbewerb zwischen den einzelnen Kantonen zu verdanken haben: Sonst läge unsere Steuerbelastung auf dem höheren Niveau von Deutschland oder Frankreich, weil die Notwendigkeit, die Staatsquote tief zu halten, nicht da wäre.»

Die Globalisierung führe international zu kontinuierlich sinkenden Unternehmenssteuern. Nationen wollen durch eine aggressive Steuerpolitik und andere Anreize ihre Standortattraktivität verbessern und Arbeitsplätze anziehen. In der Schweiz können wirtschaftlich benachteiligte Regionen den sich

niederlassenden Unternehmen Kantonssteuern und die direkte Bundessteuer erlassen. Unser Land müsse sich nicht nur gegenüber einem international massiv verschärften Steuerwettbewerb behaupten, sagte Hegglin. «Aktuell ist die Schweiz zusätzlichem Druck durch die EU und OECD ausgesetzt, welche mehr Öffnung, Transparenz, erweiterte Auskünfte über Steuern (Amtshilfe) und sogar die Aufgabe unserer Steuerregime fordert. Unsere Spielräume sind enger geworden», bilanzierte der Finanzdirektor.

...und national

Er stellte auch in der Schweiz eine Entwicklung zu Steuersenkungen fest. In über 15 Kantonen laufen Steuergesetzesrevisionen mit der Tendenz, die Unternehmens- und Vermögensbesteuerungen zu senken. Viele Länder besteuern Vermögen überhaupt nicht. «Reiche Steuerpflichtige sagen mir oft: Wenn Ihr bei Vermögensbesteuerungen nicht in einem gewissen Rahmen seid, dann gehen wir nach Holland oder Belgien», gab Peter Hegglin dem So-

> Fortsetzung Seite 10

Öffentliche Aufgaben ermöglichen

TBü. Nach anstrengender Vortrags-«Kost» hatte die «Sozialtagsfamilie» ihre gesellige Stunde bei einem vorzüglichen Mittagessen aus der bewährten Goldauer Pfarreiheimküche verdient. Auch der nette Service verdient ein kräftiges Lob.

Anschliessend wechselten Tischgespräche individuell zu den «Marktständen»: Bei den Hergiswiler Gästen konnte man sich näher über deren Gemeinden informieren und das Steuerthema auf der Ebene diskutieren. Ein Tisch mit Plakatwand bot Info-Material, Literatur und Statistiken zu Steuerfragen. Andernorts wurden Fragen und Anregungen fürs

spätere Podiumsgespräch deponiert. Und natürlich gab es ein rege besuchtes Forum mit Margret Kiener Nellen und eines mit Peter Hegglin. Viele wollten es sich nicht entgehen lassen, mal mit einer Nationalrätin direkt zu debattieren oder den Regierungsrat etwas zu fragen.

Keine zehn!

Schliesslich mündete der Sozialtag ins traditionelle Podiumsgespräch. Moderiert wurde es von Thomas Wallimann, dem Leiter des KAB-Sozialinstituts. Er wollte angesichts der Tatsache, dass in den meisten Gemeinden wenige Reiche vieles finan-

zieren, von den beiden Gemeindevertretern wissen, wie *sie* den Steuerwettbewerb beurteilen? «Ich behaupte, es gibt keine zehn Personen, die abwandern, wenn unser Steuersatz etwas höher ist. Aber es würden auch keine zehn zuziehen, wenn er nur halb so hoch wäre», antwortete Markus Kunz von Hergiswil am Napf. «Leute mit sehr guten Einkommen arbeiten in Zürich, Zug, Basel oder St. Gallen, aber sicher nicht bei uns». Hergiswil am See verdanke seinen Wohlstand schon dem Steuerwettbewerb, auch wenn seine Gemeinde ihn nicht aggressiv betrieben hat, fand Ralf Sigg. Entscheidend sei auch

die Nähe zur Stadt Luzern und die gute Lage am See. «Hätten wir uns dem Wettbewerb aber nicht gestellt, wären gewisse Leute nicht zu uns gekommen. Wichtig ist ebenso eine gute Gemeindeorganisation, welche den Bedürfnissen der Bürger nachkommt.»

Wo liegt denn die grundsätzliche Grenze des Steuerwettbewerbs?, fragte Thomas Wallimann Regierungsrat Hegglin. Die EinwohnerInnen entscheiden letztlich, wie viel an Infrastruktur, öffentlichem Verkehr und anderen Service-Public-Leistungen der Staat erbringen soll. Dafür müssten sie bereit sein, die nötigen Steuern zu zahlen. Und die Behörden müssten diese so ansetzen, dass die Leistungen finanzierbar sind, ohne dass späteren Generationen Schulden angelastet werden.

«Wenn wir dem Steuerwettbewerb keinen Riegel schieben», betonte Margret Kiener Nellen, «vergrössern sich die Mängel in der Ausbildung unserer Kinder, in der Berufsbildung und in den öffentlichen Infrastrukturen, weil da viel zu wenig investiert wird.»

Luxussteuer?

Am Podiumsgespräch wurden weitere Ungerechtigkeiten angesprochen: Die ungleiche Besteuerung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren – die Milliarden von Fluchtkapitalien aus Drittweltländern, die mit Hilfe des schweizerischen Bankgeheimnisses der Versteuerung entzogen werden. Auch die Abschaffung der Erbschaftssteuer oder das Fehlen einer Kapitalgewinnsteuer entziehe dem Staat ungerechtfertigt Mittel und bewirke Vermögensverteilung nach oben statt nach unten. Aus dem Publikum kam der Vorschlag, eine Steuer für extreme Luxusgüter einzuführen: Wer sich einen teuren Ferrari leisten kann, kann sie gut verkraften.

Den ReferentInnen überreichte Thomas Wallimann am Schluss der spannenden Tagung ein Brücke-Geschenkpaket: mit Honig, weil Politik selten ein Honiglecken ist – mit Kräutertee gegen eine heisere Stimme – und mit einem Wein, da man bei den Ärmeren trotz allem besser lerne, das Leben zu geniessen. <



Das Podium mit Gemeinderat Ralf Sigg, Nationalrätin Margret Kiener Nellen, KAB-Sozialinstitutsleiter Thomas Wallimann, Regierungsrat Peter Hegglin und Gemeinderat Markus Kunz (von links). Bild: Theo Bühlmann

> Fortsetzung von Seite 9

zialtagspublikum zu bedenken, «dann haben wir hier gar nichts mehr von ihnen. Die Rechnung bezahlen wir alle, die nicht weggehen können. Ob das dann sozialer ist? Ich glaube nicht».

Der Zuger Finanzdirektor unterstützt zwar den Neuen Finanzausgleich (NFA), obwohl «sein» Kanton ab 2008 über 120 Millionen mehr Finanzausgleich zahlen muss.

Er kritisiert aber profitierende finanzschwache Kantone, «von denen Zug in gewissen Bereichen bei ihren Steuersenkungen unterboten wird. Da frage ich mich schon, ob da der Wettbewerb nicht zu weit geht?

Würden wir die Besteuerung des Kantons Obwalden einführen, fehlten bei uns gegen 40 Prozent aus dem Unternehmensbereich. Bei den sehr vermögenden Personen würden wir die Hälfte der Steuererträge verlieren.»

Begrenzter Wettbewerb

Schliesslich wies der Referent darauf hin, dass man nicht nur die Steuern betrachten, sondern auch die Lebenshaltungskosten mit einbeziehen sollte. Nur so sehe der Steuerzahler, was ihm Ende Jahr wirklich bleibt. Hegglin glaubt, dass so betrachtet die kantonalen Unterschiede nicht mehr so gross sind. Er wies in der Statistik

des Bundes auf die doppelt so hohen Mieten des Kantons Zug verglichen mit dem Kanton Jura: «Sie zahlt man zwölf Mal, Steuern nur einmal im Jahr!»

Gesamthaft befürwortet Peter Hegglin den Steuerwettbewerb, wenn er in einem angemessenen Rahmen stattfindet. Er sei eine Grundlage für eine wirtschaftlich leistungsfähige Schweiz und für den Finanzausgleich, weil er Kantone mit hoher Finanzkraft entstehen lässt: «Konkurrenz schafft einfach bessere Lösungen.» Hegglin gab sich überzeugt, dass die Schweiz nur wettbewerbsfähig bleibt, wenn sie die durchschnittliche Steuerbelastung tief hält. <

